

# Dieser Pole ist sicher: „Die Vernunft wird siegen“

*Andrzej Byrt war Botschafter Polens in Deutschland – In der Alten Aula sprach er über die PiS-Regierung – „Säuberungen an den Gerichten“*

Von Jonas Labrenz

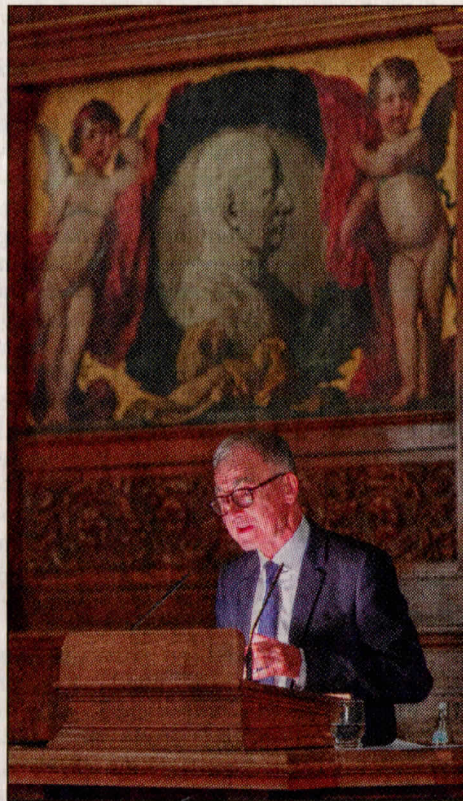
Ihre Kritiker sind für sie Verräter, die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts haben sie beschnitten und nachdem sie schon vor gut zehn Jahren die Todesstrafe wieder einführen wollten, hat kürzlich der Vize-Justizminister die Wiederbelebung dieses Relikts gefordert. Seit die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) die Wahlen in Polen vor zwei Jahren gewonnen hat, sorgt sie mit ihrer Politik immer wieder für Aufsehen. Jahrzehntlang war Andrzej Byrt im Dienste dieses Staates. Zwischen 1995 und 2001 sowie 2002 und 2006 war er Botschafter in Deutschland. Bis 2016 war er als Diplomat in Frankreich. In seinem Vortrag „Polen ungeschminkt“ berichtete der 68-Jährige über den Zustand seines Landes.

„Es ist wichtig, Informationen aus erster Hand zu bekommen“, sagte Klaus Zimmer, erster Vorsitzender der Initiative „Partnerschaft mit Polen“. Deshalb luden sie Byrt in die Alte Aula der Universität ein. Und der ehemalige Botschafter hat eine lange Liste von Informationen über die Veränderungen in seinem Heimatland im Gepäck. Er kennt die neue Vorsitzende des Verfassungsgerichts noch aus der Zeit in Deutschland, wo sie als Juristin für Personalfragen zuständig war. Eine unübli-

che Kandidatin für das Amt der Vorsitzenden, denn „alle anderen waren Professoren“, so Byrt. Auch andere Richter wurden und werden ausgetauscht: „An den Gerichten sind Säuberungen im Gange“, erklärte der 68-Jährige. Der EU-Kommission entging das nicht, sie droht mit Sanktionen. Die PiS-Regierung bleibt unbeeindruckt.

Nur das Abholzen des geschützten Urwalds „Bialowieza“ hat die Regierung unterlassen, nachdem der Europäische Gerichtshof Strafzahlungen in Höhe von 100 000 Euro pro Tag angedroht hatte. Das Verhältnis zu den Institutionen des Staatenverbundes ist schlecht. Sogar die Fahnen der EU seien aus den Büros des Ministerpräsidenten und des Präsidenten entfernt worden, weiß Byrt.

Doch wie konnte eine populistische Partei in Polen die Mehrheit im Parlament erringen, weitreichende Veränderungen vornehmen und immer noch so beliebt bei der Bevölkerung sein? Byrt beantwortet diese Fragen mit einem Rekurs auf die polnische Geschichte. Nach Überfällen und Unterdrückungen durch Deutschland und die Sowjetunion war Polen nach dem Zerfall des Ostblocks ein unabhängiger Staat. Schon 1989 wurde gewählt: „Ergebnis war die erste nichtkommunistische Regierung Polens“, ruft der ehemalige Botschafter in



Prof. Andrzej Byrt, ehemaliger Botschafter der Republik Polen, sprach in der Alten Aula über sein Heimatland. Foto: Philipp Rothe

Erinnerung. Byrt zeichnet die Zeit als Erfolgsgeschichte: Seit 25 Jahren wächst das Bruttoinlandsprodukt unaufhörlich, die Lebenserwartung stieg um acht Jahre und die Lohndifferenz zu Deutschland schmolz auf ein Drittel des vorherigen Wertes. Diese auch heute noch gute wirtschaftliche Situation, sei „ein seltener und glücklicher Zufall“, so Byrt, den die Regierung nicht zu verantworten habe, der ihr allerdings in die Hände spiele. Doch die Erhöhung des Renteneintrittsalters und die Öffnung für Unternehmen aus anderen Ländern waren für viele nicht akzeptabel, meint Byrt. Viele Bürger hätten sich von den liberalen Parteien vernachlässigt gefühlt – „teilweise zu Recht“, so der 68-Jährige.

Die PiS habe das erkannt und ihr Programm darauf ausgerichtet. Dazu kam die Erhöhung des Kindergelds: „Das ermunterte außerordentlich, für die PiS zu stimmen“, erklärte Byrt. Zumindest die gut 50 Prozent der Bevölkerung, die sich überhaupt an der Wahl beteiligten. Andere seien enttäuscht von der Vorgängerregierung der Partei Bürgerplattform (PO) mit Ministerpräsident Donald Tusk. Im Moment stehe die PiS sogar etwas besser in der Wählergunst als noch vor zwei Jahren. Wie es mit Polen weitergehen wird? Der ehemalige Botschafter ist sich trotzdem sicher: „Die Vernunft wird siegen.“

RNZ / 04.12.2017, S. 6